

## Analyse

# Das Jahr 1989 – nach 20 Jahren: die öffentliche Meinung und der politische Streit

Andrzej Paczkowski, Warschau

Der seit vielen Monaten andauernde Streit um die Art und Weise und den Ort der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Falls des Kommunismus in Polen hat sich in einen regelrechten Krach an der politischen Spitze ausgeweitet. Die Meinungsumfragen zeigen allerdings, dass die große Aufregung der Politiker und der Medien von keinem größeren Engagement der Bevölkerung begleitet wurde. Nach Umfragen vom November 2008 wurde der »Sturz des Kommunismus« zwar als wichtigstes Ereignis in der Geschichte Polens der letzten 100 Jahre bezeichnet (24 %) und sogar 40 % bewerteten die Verhandlungen am Runden Tisch als das bahnbrechende Ereignis für den Niedergang des Kommunismus, aber ein Großteil der Polen zeigt sich demgegenüber reserviert: Um die 31 % gaben »Gleichgültigkeit« als Einstellung gegenüber dem Runden Tisch an, und die Bewertung »schwer zu sagen«, die 16 % nannten, ist ebenfalls als Ausdruck von Gleichgültigkeit zu werten. Sogar unter denjenigen, die sich als Anhänger der Parteien *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) und *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska* – PO) bezeichneten, brachte jeweils ein Drittel seine Distanz zum Ausdruck – unter den politisch Passiven waren 60 % »gleichgültig« oder hatten keine Meinung. Man kann also sagen, dass die Kontroversen um die Ereignisse von 1989 eindeutig mehr die Eliten bewegen als den Durchschnittsbürger.

Diese Kontroversen waren ein weiteres Fragment eines »Bürgerkriegs«, den die Politiker aus dem Solidarność-Lager seit Mitte der 1990er Jahre offen führen, als es zu dem von Wałęsa ausgerufenen berüchtigten »Krieg an der Spitze« kam. Im Laufe der Zeit kam es zwar zu zahlreichen Verschiebungen – sei es programmatischer oder personeller Art – aber der Streit dauert bis heute an. Ab 1993, als die Postkommunisten zum ersten Mal im demokratischen Polen die Parlamentswahlen gewannen, war der »Krieg« weniger sichtbar und rücksichtslos. Er entflammte aber im Jahr 2005 erneut mit ganzer Kraft, als die Postkommunisten in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen geschlagen wurden. Die Ereignisse des Jahres 1989 und vor allem der Runde Tisch wurden zu einem der Schlachtfelder, obwohl es auch viele andere und sogar wichtigere gab.

Stark verallgemeinernd kann man sagen, dass PiS den Versuch unternahm, den Runden Tisch zu diskreditie-

ren, indem sie darauf hinwirkte, die bisherigen Systemregeln und den politischen Kanon in Frage zu stellen, die die III. Republik ausmachten, – wobei der Runde Tisch den Umfragen nach ja von einem Großteil der Bevölkerung als Gründungsakt des demokratischen und unabhängigen Polen betrachtet wird (vgl. Grafiken S. 7). Die Delegitimierung des Runden Tisches sollte helfen, die IV. Republik zu begründen, und die Aktivitäten auf diesem Feld wären sicherlich noch energischer vorangetrieben worden, wenn nicht der »zweiköpfige« PiS-Führer, d. h. die Brüder Jarosław (Ministerpräsident) und Lech (Staatspräsident) Kaczyński und in besonderem Maße dabei Lech Kaczyński, selbst Teilnehmer der damaligen Verhandlungen gewesen wären. Für die PO wiederum war vor allem die III. Republik als solche ein Wert, und deren Wurzeln in Gestalt des Runden Tisches behandelte sie als weniger wichtige Angelegenheit, zumal keiner ihrer Führungsköpfe bei jenen Verhandlungen persönlich engagiert gewesen war.

Zur Zeit des 10. Jahrestages der Ereignisse von 1989, als der Postkommunist Aleksander Kwaśniewski Staatspräsident war und die linksliberale *Freiheitsunion* (*Unia Wolności* – UW) und die führende Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« in hohem Maße den Ton der öffentlichen Debatte angaben, wurde der Runde Tisch als »Held« gehandelt. Im Jahr 2009, nach der Niederlage der Postkommunisten und dem Verschwinden der UW, war die »Gazeta Wyborcza« allein nicht imstande, den Terminkalender und die Tagesordnung der Feierlichkeiten zu bestimmen. Inzwischen haben die beiden sich bis aufs Messer bekämpfenden Parteien PiS und PO einen gemeinsamen Nenner gefunden: Beide Seiten betrachten nun nicht mehr die Verhandlungen am Runden Tisch als das entscheidende Ereignis, das den Aufbau eines demokratischen und souveränen Polen begründete, sondern vielmehr den Moment, als die Gesellschaft ein dabei ausgehandeltes Instrument ausprobieren konnte, d. h. die halbfreien Wahlen, die am 4. Juni 1989 stattfanden. Aus größerer Distanz betrachtet ist diese Verschiebung charakteristischer für die Sicht auf die jüngere Vergangenheit als der laufende Kampf darum, wer der Hauptgastgeber der Feierlichkeiten sein soll – der Ministerpräsident oder der Staatspräsident – und damit über die Gästeliste und den Ort der Veranstaltung entscheiden darf. Indem der Schwerpunkt auf die Wahlen verlegt wurde, wurde

hervorgehoben, dass wichtiger als die damalige politische Verständigung («Übereinkunft der Eliten») die Stimmabgabe für die Kandidaten der Solidarność war. Zwar wäre die Wahl ohne die vorangegangene Übereinkunft nicht möglich gewesen, aber die Wahlergebnisse entschieden letztlich über eine Änderung des Tempos und des Rahmens, in dem die Systemreformen stattfinden sollten, im Vergleich zu dem, was am Runden Tisch festgelegt worden war. Indem die Wahlen als Wendepunkt anerkannt wurden, wurden gleichzeitig die Postkommunisten der Möglichkeit beraubt mitzufeiern. So sehr sie sich auch rühmen könnten, an den erfolgreichen Verhandlungen teilgenommen zu haben, so niederschmetternd war doch ihre Niederlage bei den Wahlen. Ein möglicher Grund,

stolz zu sein, wäre wohl nur die Tatsache, dass General Jaruzelski trotz der Wahlniederlage kein zweites Mal den Kriegszustand angeordnet hat.

Vielleicht hat der Konflikt um die diesjährigen Feierlichkeiten gerade aufgrund der Ähnlichkeit der Sicht beider Konfliktparteien auf die Ereignisse vor 20 Jahren an Schärfe gewonnen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch alle kommenden Jahrestage, einschließlich des Beginns des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren, zum Streitobjekt werden. Allerdings ist nicht nur in Polen die Vergangenheit, insbesondere die jüngere, Gegenstand von Konflikten und Instrument politischer Auseinandersetzungen.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

#### *Über den Autor:*

Prof. Dr. Andrzej Paczkowski (1938); Historiker, Professor am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften und am Collegium Civitas, Warschau.

## **Dokumentation**

### **Tadeusz Mazowiecki über den Runden Tisch Wir hatten ein Alarmsignal im Kopf: Vorsichtig!**

*Gazeta Wyborcza: Wann kam nach dem Kriegsrecht das erste Mal die Idee des Runden Tisches auf?*

Die ersten Jahre nach der Ausrufung des Kriegszustands herrschte dunkle Nacht. Die erste Andeutung eines Dialogs kam vielleicht 1987 auf, in einer Rede von General Jaruzelski. Es kam dann zu Gesprächen mit Józef Czyrek, mit Prof. Andrzej Stelmachowski und Andrzej Wielowieyski über ein mögliches Treffen zwischen dem Staatsapparat, von ihm abhängigen Organisationen und unabhängigen Personen. Von der Teilnahme der Solidarność und Wałęsas war keine Rede. Danach kam es im Mai 1988 zu Streiks. In Nowa Huta wurde er aufgelöst, aber auf der Danziger Werft nicht. Ich war dort, und der Streik machte auf mich einen großen Eindruck. Das war schon die neue Generation, junge Arbeiter, aber sie griffen den Ruf »Es gibt keine Freiheit ohne Solidarność« auf. Wir dachten, dass es gelingen würde, die Solidarność auf Betriebsebene wiederherzustellen, wir sprachen mit dem Direktor der Werft. Der Rechtsanwalt Siła-Nowicki sprach dann mit Kiszczak. Die Werft erhielt keine Zustimmung. Als wir aus dem Streik herausgingen, hatten die Arbeiter Tränen in den Augen. Aber es war sichtbar, dass die Angelegenheit der Solidarność lebendig war. Danach kamen die August-Streiks, und Ende August kam die Einladung von Kiszczak an Wałęsa. Das war die erste Anerkennung Wałęsas, der vorher nur eine »Privatperson« war. Die Bedingung für Gespräche war die Beendigung des Streiks, und so haben wir es gemacht. Es kommt zu den ersten Gesprächen [am 31. August und 15. September, GW]. Aber dann löst Ministerpräsident Rakowski die Danziger Werft auf und es gibt einen Rückzieher. Es ist nicht klar, was die Staatsführung will. Auf ihrer Seite war offensichtlich, dass Gorbatschow in der UdSSR ihnen die Möglichkeit zu manövrieren gibt, die es früher nicht gab, aber ihre Annäherung an die Gesellschaft fand immer noch ohne die Berücksichtigung der Solidarność statt.

*Wie gingen Sie in die Gespräche? Wie weit reichte die Vorstellungskraft?*

Wir wussten, dass Jalta bindend ist. Aber wir wussten auch, dass wir uns verständigen müssen. Die Wiedezulassung der Solidarność war für uns eine grundlegende Angelegenheit. Wir wussten, dass das dauern kann und dass Hindernisse auftreten werden. Unter uns, auf der sogenannten gesellschaftlichen Seite, bestanden keine wesentlichen Diffe-